

Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

von Dr. Nadja Thomas

Am 3. und 4. Juli 2007 fand in Berlin die 4. Handelsblatt Konferenz „Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“ statt. Der folgende Bericht hält wesentliche Elemente dieser Konferenz fest.

„Die Europäische Union spielt eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Bewältigung außereuropäischer Krisen“, betonte Bundesverteidigungsminister Dr. Franz-Josef Jung zum Auftakt der 4. Handelsblatt Konferenz „Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“. Vor den rund 300 Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Militär bekräftigte er die Notwendigkeit der Verlängerungen der Mandate für die Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und im Libanon.

Im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft sei es gelungen, die Verhandlungsinitiative von Deutschland, Großbritannien und den USA um Russland und China in der iranischen Atomfrage zu erweitern, sagte Jung weiter. Nur gemeinsam könne verhindert werden, dass Iran über atomare Waffen verfüge. Er verwies auf die engen Zusammenhänge der politischen Entwicklungen im Nahen Osten und der Sicherheitslage im Mittleren Osten und ging weiter auf die Krisenregionen im Libanon, Irak und Afghanistan ein. Beim UNIFIL-Einsatz (United Nations Interim Force in Lebanon) stelle die Bundeswehr gemeinsam mit griechischen, niederländischen, dänischen und schwedischen Kräften die Seesicherheit her. Mit Blick auf die veränderte Lage durch die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen sprach sich Jung deutlich für eine Verlängerung des UNIFIL-Einsatzes aus.

Zur Sicherheitslage im Irak verwies er ebenfalls auf das europäische Engagement. Europa unterstütze mit der Mission EUJUST LEX den Aufbau der Polizei und der Justiz. Deutschland habe diesen Prozess durch die Ausbildung von 350 irakischen Soldaten in den Arabischen Emiraten unterstützt. Darüber hinaus sei für den Irak logistisches Gerät bereitgestellt worden. Jung schloss einen Einsatz deutscher Soldaten im Irak weiter aus. Die trilaterale Zusammenarbeit würde im geeigneten Rahmen aber fortgesetzt.

Verlängerungen der Afghanistan-Mandate sind notwendig

Trotz aller aktuellen Probleme in Afghanistan erinnerte der Bundesverteidigungsminister auch an die Erfolge der Einsätze am Hindukusch. Afghanistan habe jetzt eine Verfassung, ein gewähltes Parlament mit einem Frauenanteil von 30 Prozent und einen gewählten Präsidenten. Sechs Millionen Jungen und Mädchen könnten wieder zur Schule gehen. Verbesserungen in der Infrastruktur seien geschaffen, Universitäten gegründet und die medizinische Grundversorgung zu 80 Prozent wiederhergestellt worden. Insgesamt habe die Bundeswehr

bereits 685 Projekte umgesetzt. „Wir gewährleisten Sicherheit und bringen den Aufbau voran“, sagte er. Die Nato-Minister seien sich einig, dass der in Afghanistan eingeschlagene Weg einer vernetzten Sicherheitsstrategie der richtige Weg sei. Angesichts der terroristischen Anschläge betonte Jung, dass die Terrorisierung der Bevölkerung die Strategie der Taliban sei und zivile Opfer provoziert würden. Um die afghanische Bevölkerung vor diesem Terror zu beschützen und langfristig in die Lage zu versetzen, sich selbst zu schützen, sprach sich der Minister deutlich für eine Verlängerung der Operation ISAF und OEF aus: „Solange es terroristische Anschläge in Afghanistan gibt, ist Enduring Freedom und ISAF nötig.“

Stärkeres europäisches Engagement kann entscheidend sein

Auf die aktive Rolle Polens im Rahmen der europäischen und NATO-geführten Einsätze in Afghanistan, im Irak, im Kosovo und in Bosnien-Herzegovina sowie im Kongo und in Libanon verwies der polnische Vize-Verteidigungsminister Bogusław W. Winid. „Unser Engagement ist tief verwurzelt in den europäischen und transatlantischen Beziehungen“, betonte er. Wegen der großen strategischen Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für die internationale Sicherheit konzentriere sich sein Land insbesondere auf die Operationen im Libanon und im Irak. Die Entsendung von 900 polnischen Soldaten in den Irak sei ein signifikanter Schritt gewesen, führte der polnische Vize-Minister weiter aus. Bis Ende des Jahres würden die Soldaten auch im Irak bleiben, eine Fortsetzung sei zurzeit noch unklar. „Für die Operation in Irak brauchen wir einen neuen Ansatz, den trotz der großen Investitionen und der vielen Soldaten ist noch keine Stabilisierung des Landes in Sicht.“ Ein stärkeres europäisches Engagement könne entscheidend sein für die weitere Entwicklung im Irak. Gerade auch beim Aufbau einer irakischen Polizei und beim Wiederaufbau des Landes könnte Europa eine größere Rolle spielen, denn heute sei die Situation oft instabiler als noch vor einem Jahr.

Bei der Betrachtung der Entwicklungen im Mittleren Osten müsse auch Afghanistan berücksichtigt werden, führte er weiter aus. „Ein Erfolg in Afghanistan wird sich positiv auf den Friedensprozess im ganzen Mittleren Osten auswirken. Ein Versagen wird aber eine weitere Radikalisierung nach sich ziehen und diese wird auch in Europa zu spüren sein“. Darum werde Polen sein Engagement für ISAF weiter erhöhen, betonte er. Als Mitglied der EU und NATO werde Polen weiterhin seinen Beitrag für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten leisten, denn Sicherheit sei die Grundlage für Frieden und Demokratie. „Sicherheit ist alles, ohne Sicherheit ist alles nichts“, schloss Winid.

Avi Primor hofft auf ein selbstbewusstes Europa

Viel Beachtung fand der Vortrag des ehemaligen israelischen Botschafters in Deutschland, Avi Primor. Er erinnerte daran, dass die Krise im Nahen Osten bereits seit sechzig Jahren andauere und Israel seit seiner Staatsgründung im Krieg lebe. Darum sei Sicherheit das bestimmende Thema für sein Land. Die Krise gefährde bereits seit Jahrzehnten die internationale Gemeinschaft und immer wieder habe es Friedenspläne mit den gleichen Komponenten und Prinzipien gegeben. „Es geht um das Ende der Besetzung Palästinas und um die Sicherheit für den Staat Israel“. Das entscheidende Problem für Israelis und Palästinenser sei aber die Sicherheit. Zwei Drittel der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung würden die angestrebten Lösungen bereits akzeptieren, aber es gäbe auf beiden Seiten Extremisten, die die Regierungen einschüchterten. Die Regierungen in Israel und Palästina seien zu schwach und darum ergreife auch niemand die Initiative.

In diesem Kontext betonte Primor, dass die Europäische Union eine Hauptrolle spielen könne. Würde Europa etwas selbstbewusster auftreten, dann könne es der Region wirklich den Rücken stärken. „Es gibt schon lange keine Meinungsverschiedenheiten mehr in der Frage,

wie Frieden im Nahen Osten erreicht werden kann und Europa ist in der Lage, diese Verantwortung zu übernehmen“. Die USA werde die Initiative nicht ergreifen. Eine europäische Initiative mit amerikanischer Unterstützung wäre sinnvoll. Primor zeigte sich optimistisch, dass der frühere britische Premierminister Tony Blair in seiner neuen Funktion als Sondergesandter des Nahost-Quartetts die Brücke zwischen Europa und den USA bauen könne. „Wir brauchen zur Unterstützung eines jeden Friedensplans Sicherheit. Eine robuste europäische Truppe in den Palästinischen Gebieten, die Sicherheit erzwingen kann, wäre eine Option“, so Primor. Eine solche Truppe könnte Palästinensern und Israelis die Sicherheit geben, einen Friedensentwurf auch umzusetzen. Mit einer solchen Sicherheit im Rücken würde eine Friedensinitiative von beiden Bevölkerungen getragen. Primor griff die Worte seines polnischen Vorredners Winid auf und betonte, dass der Satz „Sicherheit ist alles“ besonders für Israel und Palästina gelte.

Rechtsordnungen passen nicht auf die heutigen Bedrohungen

„Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen“, stellte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble zur Eröffnung des Themenblocks „Homeland Security“ fest. Auch wenn die spezifischen Fähigkeiten von Polizei und Bundeswehr weiterhin gewahrt werden müssten, dürfe angesichts der neuen Bedrohungsszenarien nicht übersehen werden, dass es auch Überschneidungen gäbe. Die jüngsten Anschläge in London und Glasgow hätten wieder gezeigt, dass diese nicht zentral von einer Stelle angeordnet würden, sondern sich in Netzwerken organisierten. Spontaneität und Flexibilität seien die großen Gefahren dieser Formen des Terrorismus. Die Bedrohungen der Homeland Security, die auch verteidigungspolitische Belange berührten, würden auch schwierige nationale und internationale Fragen aufwerfen. Schäuble stellte fest: „Meine Überzeugung ist, dass nationale Rechtsordnungen wie internationales Recht zu dieser neuen Form der Bedrohung im Grunde nicht mehr passt.“ Die Unterteilung des Völkerrechts in Krieg und Frieden sei nicht mehr wirklich zutreffend. Der Zusammenhang von Terrorismus und Innerer Sicherheit müsse auch international verantwortlich diskutiert werden. Fraglich sei beispielsweise, wie mit Personen verfahren werden solle, die als Gefährder identifiziert worden seien. Man könnte den Strafrahmen auch auf Vorbereitungshandlungen ausweiten, zurzeit sei dies nur begrenzt beim Nachweis einer Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung möglich. Mit einer Abschiebung würde ein Gefährder auch nicht ungefährlicher. Häufig könne man auch nicht abschieben, da die Personen aus Ländern stammten, in die nicht abgeschoben werden dürfe.

„Die Präventivwirkung des Strafrechts gegen Selbstmordattentäter ist sehr beschränkt“, betonte Schäuble weiter. Darum müssten verfassungsrechtliche Grundlagen geschaffen werden, die es Bundeswehr, Polizei und Geheimdiensten erlauben, auch mit Informationen arbeiten zu können. „Wenn wir heute Sicherheit gewährleisten wollen, dann ist die Voraussetzung dazu Information“, sagte er. Da jedem Anschlag Kommunikation vorausginge, sei die Kontrolle von Kommunikation unter klaren rechtsstaatlichen Voraussetzungen unverzichtbar. Selbstverständlich fielen gewonnene Daten und Erkenntnis unter den Datenschutz, allerdings müssten die Informationen auch ausgewertet werden können. „Der Preis des freiheitlichen Verfassungsstaates darf kein schwacher Staat sein“, betonte der Innenminister. Abschließend sagte er: „Auch in der Bevölkerung müsse mehr Bewusstsein für die Probleme geschaffen und keine populistischen Debatten geführt werden“.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik reagiert zu langsam

Einen umfassenden Sicherheitsansatz für Europa forderte Denis Ranque von Thales. „Europa muss erkennen, dass es nur gemeinsam und umfassend auf die Bedrohungen reagieren und agieren kann“, sagte er. Die Interoperabilität müsse gewährleistet sein und die Industrie in die Lage versetzt werden, die friedensstiftenden und friedensbewahrenden Elemente zu stärken.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik benötige eine starke Industrie. Bis jetzt seien sicherheitsrelevante Themen vernachlässigt worden und Europa reagiere zu langsam und investiere zu wenig. Um gegen den transatlantischen Markt bestehen zu können, müssten die europäischen Kooperationen verstärkt werden. Die Industrie in den USA und in Europa sei gut aufgestellt, aber sie benötige das Vertrauen der Bevölkerung.

Indien und Russland als Kooperationspartner

Ein weiteres Thema der diesjährigen Handelsblatt-Konferenz waren die Kooperationsaussichten der europäischen Verteidigungsindustrie mit Indien und Russland. Tom Enders, Vorstandsvorsitzender von EADS und Dagmar G. Wöhrl, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, warben in ihren Ausführungen dafür, Indien als Partner für die nächste Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung im kommenden Jahr zu gewinnen. Russland sei im letzten Jahr Partner der ILA gewesen.

Für EADS seien Russland und Indien wichtige Kooperationspartner, betonte Enders. Russland verfüge traditionell über eine innovative und leistungsfähige Industrie. In Indien hingegen sei eine Verteidigungsindustrie im Aufbau, deren Entwicklung sich durch die Teilprivatisierung der indischen Industrie allerdings beschleunige. Indien sei seit jeher einer der wichtigsten Exportmärkte Russlands, sagte der Vorstandsvorsitzende der EADS. Da zunehmend auch europäische und amerikanische Firmen ihre Produkte auf dem indischen Markt anböten, werde sich der Wettbewerb dort in den kommenden Jahren verstärken.

Während seiner Rede ging Enders auf die unterschiedlichen Formen der Rüstungskooperation ein. So könne der klassische Export in Russland nur in sehr engen Nischen betrieben werden, weshalb sich sein Unternehmen für weiter gehende Kooperationen mit lokalen Firmen entschieden habe. Insbesondere zukunftssträchtig im Verteidigungssektor seien die Geschäftsbereiche Transportflugzeuge, unbemannte Plattformen und Global Security. Eine Vielzahl gemeinsamer Projekte gebe es hingegen bereits in der zivilen Luftfahrt. Mit der russischen Industrie habe man eine Kooperation beim Bau der A350 wie auch eine gemeinsame Umrüstung von Passagierflugzeugen zu Frachtern vereinbart. Außerdem kooperiere man über das von der EADS eingerichtete Engineering-Center in Russland. Geplant sei auch ein Ausbau der Zusammenarbeit in der Raumfahrt. Ihn, Enders, stimme die Gründung der United Aircraft Corporation – also die Verschmelzung der russischen Luft- und Raumfahrtunternehmen – optimistisch, dass sich in Zukunft eine Vielzahl neuer Kooperationen mit europäischen Unternehmen ermöglichen ließe.

Auch in Indien nähmen die gemeinsamen Kooperationen zu, erklärte Enders. „Rüstungskooperationen sind leichter aufzubauen, wenn man auch ein ziviles Standbein hat. Das gilt nicht nur für die großen Systemfirmen, sondern auch für die Zulieferfirmen.“ In Anwesenheit der indischen Botschafterin in Deutschland, Meera Shankar, wies Enders auf die Bedeutung intakter politischer Beziehungen hin. Die politische Flankierung sei unabdingbar für den Ausbau jeglicher Rüstungskooperation. Mit der Unterzeichnung eines deutsch-indischen Militärabkommens im vergangenen Jahr hätten beide Länder einen wichtigen Schritt zu dauerhaften Rüstungsbeziehungen getan. Enders empfahl den Regierungen Deutschlands und Russlands, mittelfristig über ein vergleichbares Abkommen nachzudenken.

Bulgariens Transformationsprozesse

Über die Einbindung der bulgarischen Streitkräfte in friedenserhaltende Operationen der NATO und der EU sprach der stellvertretende Verteidigungsminister Bulgariens Simeon Nikolov. Damit sein Land seine Aufgaben als NATO- und EU-Mitglied übernehmen könne, sei nicht nur ein Transformationsprozess in der bulgarischen Armee eingeleitet worden,

sondern Bulgarien habe auch seine Gesetzgebung geändert, um die politischen Entscheidungsprozesse zu optimieren und zu verkürzen. Die Pläne zur Professionalisierung seien so vorangetrieben worden, dass die bulgarische Armee bereits Anfang 2008 den gewünschten Standard erreiche und das Personal von 45.000 auf 39.000 Mann reduziert haben wird. Trotz der finanziellen und großen strukturellen Schwierigkeiten Bulgariens, sei es in den letzten zwei Jahren gelungen, den Anteil der Landstreitkräfte, die sich an Auslandseinsätzen beteiligen, auf etwa 750 Soldaten zu erhöhen. Nikolov lobte die Gründung multinationaler Kontingente, die es den Ländern erlaube, verschiedene spezifische Fähigkeiten anzubieten. „So wird die Last des Einsatzes gleichmäßig verteilt und der Mangel an Fähigkeiten mancher Länder erfolgreich kompensiert“, so Nikolov. Der eingeleitete Transformationsprozess der bulgarischen Kräfte genieße nicht nur Priorität in der Verteidigungspolitik und bei den Streitkräften, sondern fände auch eine breite Unterstützung in der politischen Führung. Das nationale Denken würde in Bulgarien in den Hintergrund treten und ein neues Denken würde sichtbar. „Das neue Denken beruht auf dem Verständnis, dass man den Herausforderungen und Krisen dort begegnet, wo sie entstehen“, sagte er.

ISAF braucht mehr Mittel und mehr Vertrauen

Der derzeitige Chief of Staff ISAF, Generalmajor Bruno Kasdorf, nutzte die Handelsblatt Konferenz, um einen aktuellen Einblick in den Einsatz am Hindukusch zu geben. 37 Nationen seien zurzeit auf Einladung der afghanischen Regierung mit einem UN-Mandat bemüht, Sicherheit zu schaffen, stellte er fest. Ziel des Einsatzes sei es, so lange für Sicherheit zu sorgen, bis das Land selbst in der Lage sei, diese Sicherheit zu gewährleisten. Er erinnerte daran, dass Afghanistan an zwei Atommächte grenzt, eine dritte in der Nähe sei und eine vierte unter Umständen noch dazukäme. Diese Lage habe einen unmittelbaren Einfluss auf die Bedeutung des Landes. Ein Rückfall in Afghanistan könnte massive Folgen haben, denn unter Umständen könnten die Taliban dann über Atomwaffen verfügen, warnte er. In einem Land mit so wenigen Sicherheitskräften könne immer und überall ein Verbrechen begangen werden. Dennoch seien sechzig Prozent des Landes ruhig. Aber die Terrorisierung der Bevölkerung und die asymmetrische Kriegsführung destabilisiere das Land weiter. Afghanische Sicherheitskräfte würden in Unterzahl sofort angegriffen und die Angreifer zögen sich erst dann zurück, wenn ISAF eingreife.

Wie schon Bundesverteidigungsminister Jung erinnerte Kasdorf an die Erfolge in Afghanistan. Die Wirtschaft wachse zweistellig, die medizinische Versorgung sei in großen Teilen wieder hergestellt, es gäbe Schulen und Universitäten und es seien bereits 11.000 Kilometer Straßen gebaut worden. Fortschritte seien auch auf dem Gebiet der Sicherheit zu verzeichnen, so der Generalmajor. ISAF sei im Süden sehr aktiv und es sei gelungen, die Führungsstrukturen der Aufständischen zu zerstören. Erfolgversprechend seien vor allem die vernetzten Projekte, die neben Sicherheit auch den Wiederaufbau voranbringen. „Sicherheit ist die Voraussetzung, aber Sicherheit ohne Wiederaufbau ist nicht möglich“, so Kasdorf. Die stetige Herausforderung sei es, die Sicherheit aufrecht zu erhalten und zu verhindern, dass erneut Rebellen ins Land kämen. ISAF habe vor Ort nicht nur mit einer schlechten Infrastruktur und schwierigem Gelände zu kämpfen, sondern verfüge über nur 40.000 Soldaten. „Wenn wir eine Truppenstärke wie im Kosovo haben wollten, bräuchten wir im Verhältnis zur Landesgröße in Afghanistan 800.000 Soldaten“, betonte er. Die Soldaten hätten kaum Ressourcen, um den Wiederaufbau voranzutreiben. ISAF benötige aber nicht nur Soldaten, sondern auch zusätzliche Mittel für die Sicherheit, für Hubschrauber und Ausbilder. Der Aufbau von fähigen Polizei- und Sicherheitskräften sei letztendlich die Voraussetzung dafür, dass die Truppen abziehen können.

Zu den zivilen Opfern sagte Kasdorf, dass ISAF nur in sehr kleinen Truppen unterwegs sei und diese bei einem Angriff aus dem Hinterhalt auf Unterstützung aus der Luft angewiesen

seien. Die Hinterhalte seien oft schlecht zu überschauen und die Angreifer missbrauchten die zivile Bevölkerung, ganz bewusst als menschliche Schutzschilde. „Die Bereitschaft der Bevölkerung uns zu unterstützen, wird es nur geben, wenn wir mehr Soldaten haben und damit auf Luftangriffe weitgehend verzichten können“, betonte er. Die Bevölkerung erreiche man nicht auf dem Schlachtfeld, sondern durch Öffentlichkeitsarbeit. ISAF hätte viele gute Nachrichten zu verbreiten, aber Afghanistan sei auch ein Land der Gerüchte und Falschmeldungen und man müsse alle Meldungen überprüfen. Vertrauen sei aber der Schlüssel für die Unterstützung der afghanischen und auch der heimischen Bevölkerung.

Anmerkung: Die Ausführungen geben die persönliche Auffassung der Autorin wieder.

Dr. phil. Nadja Thomas ist Pressereferentin bei EUROFORUM Deutschland GmbH

Einige Referenten:



Dr. Franz Josef Jung
Bundesminister der Verteidigung
Bundesrepublik Deutschland



Boguslaw W. Winid
Undersecretary of State, Ministry of National Defence
Republic of Poland



Avi Primor
Ehemaliger Botschafter des Staates Israel
in der Bundesrepublik Deutschland



Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister des Innern
Bundesrepublik Deutschland



Denis Ranque
Chairman, CEO Thales



Dr. Tom Enders
CEO EADS



Dagmar G. Wöhr
Parlamentarische Staatssekretärin
Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie
Bundesrepublik Deutschland



Meera Shankar
Botschafterin der Republik Indien
in der Bundesrepublik Deutschland



Simeon Nikolov
Deputy Minister of Defence



Generalmajor Bruno Kasdorf
Chief of Staff ISAF, Kabul